

Stand: 20.04.2026 06:39:35

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/298

"Den Kindern zuliebe - Einführung eines flexiblen Einschulungskorridors"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/298 vom 12.02.2019
2. Beschluss des Plenums 18/326 vom 13.02.2019
3. Plenarprotokoll Nr. 9 vom 13.02.2019



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gabi Schmidt, Eva Gottstein, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Den Kindern zuliebe – Einführung eines flexiblen Einschulungskorridors

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die Initiative der Staatsregierung, einen flexiblen Einschulungskorridor für Kinder zu schaffen, die zwischen Juli und September geboren sind.

Die Eltern sollen nach einer entsprechenden Beratung selbst entscheiden können, ob sie ihre Kinder bereits zum September einschulen oder noch ein Jahr warten wollen. Dieses Wahlrecht soll zum kommenden Schuljahr 2019/2020 eingeführt werden.

Begründung:

Der Eintritt in die Grundschule stellt einen wichtigen neuen Lebensabschnitt dar. Für alle Eltern ist die Frage, ob ihr Kind schon bereit für die Grundschule ist, von hoher Sensibilität und Bedeutung. Viele Eltern wünschen sich hier mehr Entscheidungsfreiheit, insbesondere, wenn ihr Kind zu Schuljahresbeginn gerade erst sechs Jahre alt geworden ist oder wird.

Mit dem Einschulungskorridor wird ein maßgebliches bildungspolitisches Anliegen der FREIEN WÄHLER sowie ein gemeinsames Vorhaben der Koalitionspartner umgesetzt.

Für uns gilt dabei, die Umsetzung sollte schnellstmöglich erfolgen, sodass bereits die Kinder, die zwischen dem 01.07. und 30.09.2019 sechs Jahre alt werden, erstmals von der Wahlmöglichkeit profitieren können.

Mit dem Vorhaben stärken wir nicht nur die Erziehungspartnerschaft zwischen Bildungseinrichtung und Eltern, sondern ermöglichen individuelle Entscheidungen, die zu einer passgenauen Förderung jedes einzelnen Kindes am Beginn des Schullebens beitragen. Dabei ist es besonders wichtig, den Entscheidungsprozess der Eltern pädagogisch bestmöglich durch entsprechende Beratungsangebote zu begleiten. Hier ist die pädagogische Kompetenz der Erzieherinnen und Erzieher sowie der Grundschullehrkräfte von besonderer Bedeutung, welche die Eltern bei ihrer Entscheidungsfindung unterstützen und begleiten können.

Die Einführung des Einschulungskorridors entlastet unter diesen Voraussetzungen nicht nur die Schulfamilie durch Entfall der bisherigen Rückstellungsverfahren, sondern ist zugleich ein bedeutender Schritt, um künftig noch passgenauere Antworten auf die individuelle Entwicklung jedes einzelnen Kindes liefern zu können und sicherzustellen, dass möglichst alle Kinder die gleichen Chancen auf ihrem Bildungsweg haben.

Von großer Bedeutung ist es nun, die Einführung durch frühzeitigen Einbezug aller Betroffenen sowie zufriedenstellende Informations- und Unterstützungsangebote für Eltern, Kindergärten und Schulen zu begleiten, um von Beginn an eine möglichst breite Akzeptanz sicherzustellen und Planungsunsicherheiten oder aber Vorbehalte gegenüber der neuen Flexibilisierung des Einschulungsbeginns zu vermeiden.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gabi Schmidt, Eva Gottstein, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 18/298

Den Kindern zuliebe – Einführung eines flexiblen Einschulungskorridors

Der Landtag begrüßt die Initiative der Staatsregierung, einen flexiblen Einschulungskorridor für Kinder zu schaffen, die zwischen Juli und September geboren sind.

Die Eltern sollen nach einer entsprechenden Beratung selbst entscheiden können, ob sie ihre Kinder bereits zum September einschulen oder noch ein Jahr warten wollen. Dieses Wahlrecht soll zum kommenden Schuljahr 2019/2020 eingeführt werden.

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Eva Gottstein

Abg. Peter Tomaschko

Abg. Anna Toman

Abg. Ulrich Singer

Abg. Dr. Simone Strohmayr

Abg. Matthias Fischbach

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Raimund Swoboda

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gabi Schmidt u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Den Kindern zuliebe - Einführung eines flexiblen Einschulungskorridors

(Drs. 18/298)

Ich eröffne die Aussprache. – Als Erste hat die Kollegin Gottstein das Wort.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht kennen Sie die Redensart: Wer will, findet Wege, wer nicht will, findet Gründe. Wir wollen, und deswegen finden wir auch Wege. Mit unserem Antrag bekräftigen wir die Entscheidung des Ministeriums, einen flexiblen Einschulungskorridor zu schaffen. Im letzten Jahr hat es eine große Petition gegeben, die wir als FREIE WÄHLER schon damals unterstützt haben. Inzwischen ist die Staatsregierung auf diesem Weg.

Worum geht es? – Der Einschulungskorridor soll Kindern, die zwischen dem 1. Juli und dem 30. September 6 Jahre alt werden, erstmals zum Schuljahr 2019/2020, also in diesem Herbst, eine flexible und entwicklungsgerechte Einschulung ermöglichen. Wie ist es bisher? – Alle Kinder, die bis zum 30. September 6 Jahre alt werden, müssen eingeschult werden. Sollten seitens der Eltern, des Kindergartens oder der Schule Zweifel an der Schulfähigkeit bestehen, gibt es die Möglichkeit der einmaligen Zurückstellung oder die Feststellung eines sonderpädagogischen Förderbedarfs. Das war ein relativ bürokratisches Verfahren. Es war sicher ein sinnvolles Verfahren – das muss man auch sagen –, doch auch ein Verfahren, das für viele Eltern mit einem gewissen Makel behaftet war. Es ging quasi um eine gewisse Auslese, Zurückstellung war etwas Negatives.

Deswegen wollen wir in einer Gesellschaft, die sich eben nicht nur an Zahlen und scheinbar objektiven Testergebnissen orientiert, künftig noch passgenauer als bisher auf die individuelle Entwicklung und die Fähigkeiten der Schüler eingehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Der Schritt ist richtig. Es wird bemängelt, dass man zu wenig Zeit habe. Das sehen wir anders. Jetzt ist die Zeit des Zwischenzeugnisses. Selbstverständlich sind Kinder, die gerade erst in die Schule kommen, davon noch nicht betroffen. Die Schulen haben aber letztendlich bis Mai Zeit, sobald die Anmeldungen möglich sind. Die Beratung der Eltern erfolgt seitens der Kindergärten und der Grundschulen nach wie vor pädagogisch und hoch professionell. An dieser Stelle danke ich allen, die die Kinder und Eltern unseres Freistaats beraten. Das wird sehr liebevoll und sensibel getan. Die Beratungen werden nach höchst modernen pädagogischen Standards durchgeführt. Nach dieser Beratung soll nun aber der Einschulungskorridor ermöglichen, dass der Elternwille entscheidet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich denke, das ist wichtig. Warum ist das wichtig? – Natürlich ist die ganze professionelle Beratung ein Umfeld, das mithilft. Aber letztendlich kennen doch die Eltern ihr Kind. Bei der Beratung vonseiten des Kindergartens oder der Schule bleibt manchmal zum Beispiel eine so ganz harmlose, aber praktische Frage außen vor: Wie lang ist der Schulweg? Oder die Frage: Wie schaut gerade die familiäre Situation aus? Gibt es vielleicht Anlass, das Kind ganz schnell einzuschulen oder zurückzustellen, wenn gerade ein Baby, ein Geschwisterkind geboren ist? Oder gibt es in der Familie gerade Krankheiten oder eine Scheidung? – Solche Faktoren werden oft nicht berücksichtigt.

Wir meinen deswegen, dass es der richtige Weg ist, wenn die Eltern entscheiden. Sie kennen ihr Kind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir möchten möglichen Angriffen vorgreifen. Der BLLV hat zum Beispiel gesagt, die Einführung komme zu schnell. – Wir haben jetzt Mitte Februar. Die Informationen sind draußen. Das Staatsministerium bereitet die entsprechenden Flyer, Vorschriften und Beratungsgespräche gut vor. Es wird dafür gesorgt, dass alle, die von der neuen Regelung betroffen sind, mit einbezogen werden: Eltern, Schulen und Kindertageseinrichtungen.

Ich glaube, Sie stimmen mir zu: Wenn man im Leben erkannt hat, dass etwas richtig ist, dann soll man das auch möglichst bald machen und nicht vor sich herschieben. Es geht um 30.000 Kinder, die in diesem Schuljahr von der neuen Regelung profitieren können. Nehmen wir pro Kind noch eineinhalb Eltern und die Omas und Opas dazu. Das ist auf jeden Fall der richtige Weg: Wir werden individueller. Wir werden mehr auf die einzelnen Kinder eingehen können.

Sie können einmal ganz kurz die Augen zumachen und sich an Ihren ersten Schultag erinnern, nicht nur an die Schultüte, die vielleicht geplatzt ist: Überlegen Sie noch einmal, welche Ängste Sie hatten. Überlegen Sie, welche Freude Sie hatten. Wir wollen diese Freude auf den Schulstart erhalten und den Eltern die Möglichkeit geben, zu entscheiden, wann der Zeitpunkt für diesen Schulstart der richtige ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist Peter Tomaschko von der CSU.

Peter Tomaschko (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Einschulung ist sicherlich ein ganz zentraler Moment im Leben eines Kindes, sie ist es aber auch im Leben der Eltern. Für diesen Moment braucht es sicherlich viel Sensibilität und eine aktive Beteiligung aller Betroffenen. Man muss natürlich den Blick ganz gezielt auf das Kind richten: Wie ist der Entwicklungsstand des Kindes in körperlicher, in geistiger und natürlich in emotionaler Hinsicht? Man muss sich an-

schauen, wie Lernfreude und Neugier des Kindes ausgeprägt sind. Für uns als CSU-Fraktion ist klar, dass hier allein das Kind im Mittelpunkt stehen muss.

Wir setzen diesen Anspruch bisher sehr konsequent um. Wir haben eine sehr intensive Prüfung des Kindes sowie eine Beratung der Eltern. Wir haben eine intensive Schuleingangsuntersuchung, die von sozialmedizinischen Assistenten im Gesundheitsamt, das heißt in der Regel von Kinderkrankenschwestern, durchgeführt wird. Wir haben als wichtiges Beurteilungsinstrument für den Zustand des Kindes die Beurteilung durch die Erzieherin des Kindergartens, den das Kind besucht. Wir haben natürlich auch die Beurteilung durch die zukünftige Grundschule. Wir haben also drei Professionen, die einen ganz speziellen Blick auf das Kind richten und beurteilen, ob das Kind schulfähig ist oder nicht. Wir haben auch eine sehr eng abgestimmte Zusammenarbeit zwischen den Kindergärten und Schulen.

Wir nehmen mit der Schuleingangsuntersuchung, die künftig noch intensiver und detaillierter sein wird, und den ganz unterschiedlichen Beratungsangeboten der Schulämter, der Schulberatungsstellen, der Gesundheitsämter, der Förderzentren und der Frühförderstellen weitere wichtige Akteure mit dazu. Nach derzeitiger Rechtslage trifft die abschließende Entscheidung darüber, ob das Kind schulfähig ist oder nicht, der Schulleiter oder die Schulleiterin.

Wir als CSU-Fraktion sind überzeugt, dass sich dieses Verfahren bewährt hat und dass es gut ist. Wir haben jetzt im Rahmen des Koalitionsvertrags geprüft, wie wir das noch weiter vereinfachen können. So heißt es im Koalitionsvertrag:

An Grundschulen möchten wir der individuellen Entwicklung der Kinder stärker Rechnung tragen. Wir halten am Einschulungstermin fest und führen einen Einschulungskorridor von Juli bis September mit Entscheidung der Eltern ein.

Sprich: Wir halten am Einschulungstermin fest, öffnen die Regelung aber dahin gehend, dass wir der individuellen Entwicklung des Kindes und den Wünschen der Eltern noch stärker Rechnung tragen. Das heißt: Zukünftig können die Eltern von Kindern,

die im Zeitraum von Juli bis September geboren sind, selbst entscheiden. Wir schaffen durch diese Wahlfreiheit also zusätzliche Flexibilität. Wir stimmen dem Dringlichkeitsantrag deswegen zu.

Auch ich möchte kurz auf die Kritik eingehen, die von Lehrerverbänden gekommen ist. Ich glaube, man muss schon sehen, dass wir hier nur von einer sehr maßvollen Weiterentwicklung in diesem Dreimonatskorridor sprechen. Am grundsätzlichen Verfahren ändert sich nichts. Weiterhin ist die umfängliche Prüfung und Beratung wichtig. Wir haben hier natürlich alle Akteure weiter mit im Boot. Auch außerhalb dieses Zeitkorridors wird sich nichts ändern.

Es war auch wichtig, dass die Schulen frühzeitig informiert worden sind und dass die Eltern die Entscheidung künftig frühzeitig treffen müssen. Stichtag ist der 3. Mai. Ich glaube, wir haben damit den Willen zu einer sehr guten Zusammenarbeit mit den Schulen signalisiert.

Abschließend noch ein Satz: Es wäre nicht zielführend, wenn diese Änderung angekündigt, dann aber erst ein Jahr später umgesetzt werden würde. Ich glaube, da ist die Erwartungshaltung der Eltern einfach: Wenn die Entscheidung jetzt so getroffen wird, soll sie auch zum kommenden Schuljahr umgesetzt werden. Durch die frühzeitige Kommunikation sind wir hier auf einem guten Weg. – Ich bedanke mich und bitte um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Nächste Rednerin ist Kollegin Anna Toman von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Anna Toman (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In Bayern entscheiden in der Regel das Geburtsdatum und eine Schuleingangsuntersuchung über die Schulfähigkeit des Kindes. Bisher galt der 30. September als Stichtag für alle Kinder. Immerhin werden jedes Jahr circa 13 % aller Kinder zurückge-

stellt, weil die Eltern ihr Kind nicht als schulreif empfinden, ihrem Kind noch ein Jahr Kindergarten gönnen wollen oder weil triftige Gründe gegen die Einschulung sprechen.

Wir unterstützen aus diesem Grund die Einführung eines flexiblen Einschulungskorridors. Er stellt eine formale Entlastung der Eltern dar, da sie ihr Kind nicht mehr umständlich zurückstellen lassen müssen, sondern nach eigenem Ermessen im Sinne ihres Kindes handeln können. Ich finde das Vorgehen der Staatsregierung bei diesem sensiblen Thema dennoch alles andere als galant. Gerade bei der Einschulung der Kleinsten ist viel Sorge und Unsicherheit vorhanden – auch, weil die Grundschulzeit kurz ist und nach nur vier Jahren der Übertritt ansteht. Das wird durch die Hopplahopp-Einführung des Einschulungskorridors nicht abgemildert, im Gegenteil: Viele Eltern hatten sich schon vor Weihnachten in den Grundschulen und Kitas darüber informiert, ob ihr Kind schulreif ist oder nicht. Auch die Schulleiterinnen und Schulleiter sind ihrer Informationspflicht vorbildlich nachgekommen.

Die Eltern sind bereits ausführlich und intensiv beraten worden. Und jetzt soll das Ganze, ohne die Akteure vor Ort mitzunehmen, über den Haufen geworfen werden? – Dadurch werden die Lehrerinnen und Lehrer, die Eltern, aber auch die Schulanfänger verunsichert. Sie wollen von Beginn an eine möglichst breite Akzeptanz. Dann dürfen Sie aber nicht über die Köpfe der Beteiligten hinweg entscheiden. Beziehen Sie sie in die Planungen mit ein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es würde dieser Regelung keinen Abbruch tun, wenn sie erst im Schuljahr 2020/2021 mit System eingeführt würde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit der Einführung des Einschulungskorridors ist es aber nicht getan. Das ist nur ein Bausteinchen, um der individuellen Entwicklung der Kinder gerecht zu werden. Sie wollen zur passgenauen Förderung jedes einzelnen Kindes beitragen. Dann verankern Sie doch das Modell der flexiblen Grund-

schule flächendeckend. Die Kinder brauchen die für sie notwendige Zeit und mehr individuelle Angebote.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dass Flexibilisierung möglich und notwendig ist, haben Sie mit dem neuen G 9 gezeigt und bewiesen. Jetzt geht es darum, den Bedürfnissen der Kleinsten entgegenzukommen. Bringen Sie die flexible Grundschule als Angebot in die Fläche, sodass am Ende alle Eltern in Bayern entscheiden können, mit welchem Tempo ihr Kind durch die sensible erste Phase der Grundschule geht. Gerade weil nach vier Jahren schon der Übertritt ansteht, entsteht ein enormer Druck auf die Kleinen. Eltern haben oft Sorge, dass ihr Kind den Anforderungen in diesen vier Jahren nicht gerecht wird und den Übertrittsdruck nicht aushält.

In der flexiblen Grundschule durchlaufen die Kinder je nach Begabung und Entwicklungsstand die Jahrgangsstufen eins und zwei in einem, zwei oder drei Jahren. Die Kinder bekommen die Zeit, die sie brauchen. Auch besonders begabte Kinder profitieren von diesem Modell. Sie können die ersten beiden Jahrgangsstufen in einem Jahr durchlaufen. Begegnen Sie der Vielfalt, mit der unsere Lehrerinnen und Lehrer jeden Tag konfrontiert sind, indem Sie tatsächlich passgenaue Antworten auf die individuelle Entwicklung jedes einzelnen Kindes liefern. Nutzen Sie die Heterogenität in den Klassen aus, damit alle Kinder voneinander profitieren und die gleichen Chancen auf ihrem Bildungsweg haben. Gehen Sie nach dem Einschulungskorridor den nächsten logischen Schritt, und verankern Sie die flexible Grundschule flächendeckend – den Kindern zuliebe!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächstem erteile ich dem Kollegen Ulrich Singer von der AfD das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Ulrich Singer (AfD): Frau Präsidentin, liebe Kollegen! Die AfD setzt sich für eine echte Willkommenskultur, für Ungeborene, für Kinder und für Familien ein. Die Einrichtung eines flexiblen Einschulungskorridors ist daher auch nach unserer Auffassung zu befürworten, wenn dies tatsächlich von einem guten Beratungs- und Hilfsangebot begleitet wird. Die in Bayern derzeit bestehenden wirklich hervorragenden Möglichkeiten der Frühförderung dürfen durch diese Maßnahme allerdings nicht umgangen werden oder in den Hintergrund geraten. Gleiches gilt für begleitende Maßnahmen beispielsweise der Logopädie oder der Ergotherapie oder für Vorkurse in Kindergärten zum Spracherwerb. So kann eine Möglichkeit geschaffen werden, um noch besser auf die individuellen Bedürfnisse der Kinder einzugehen, denn das Alter des Kindes ist nur eine von vielen Größen, die die Schulfähigkeit beeinflussen.

In der Regel wird schon jetzt einem Antrag der Eltern auf Zurückstellung ihres Kindes innerhalb des hier diskutierten Einschulungskorridors entsprochen. Bereits jetzt werden Kinder, die im September geboren sind, nur zu 50 % regulär eingeschult. Nun soll diese Entscheidungsbefugnis an die Eltern zurückgegeben werden, wodurch eine echte Wahlfreiheit geschaffen wird. Darüber hinaus wird der bürokratische Aufwand, der mit der bisherigen Zurückstellungspraxis und Antragstellung verbunden war, beseitigt. Auch das ist positiv.

Daher stimmen wir diesem Antrag zu, weisen aber nachdrücklich darauf hin, dass durch mögliche spätere Einschulungen ein Bedarf an zusätzlichen Kindergartenplätzen und Maßnahmen der Frühförderung entstehen kann. Dafür sind die erforderlichen Plätze bereitzustellen und gegebenenfalls zu schaffen.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächste hat die Kollegin Dr. Simone Strohmayr von der SPD das Wort.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu diesem Antrag kann ich nur sagen: Dieser Vorstoß ist völlig überstürzt und

geht aus unserer Sicht am Bedarf vorbei. Und man muss auch sagen: Er ist allenfalls ein erster Minitrippelschritt. Lieber Herr Prof. Piazzolo, ich halte es für äußerst bedauerlich, dass die FREIEN WÄHLER ausgerechnet dieses Thema als ihr erstes großes Thema hier im Plenum gewählt haben.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Ich finde es gut!)

Aus unserer Sicht ist dieser Vorstoß – da kann ich mich nur wiederholen – überstürzt und geht am Bedarf vorbei. Richtig ist, dass in den letzten Jahren viele Kinder zurückgestellt wurden. 14.200 waren es in diesem Schuljahr. Übrigens ist dabei auch interessant, dass es immer mehr Jungs als Mädchen waren.

Welche Schlüsse ziehen wir aus diesen Zahlen? Wir sagen klar: Die Initiative der FREIEN WÄHLER greift zu kurz. Aus unserer Sicht müssen wir nach den Gründen der Zurückstellung fragen. Es geht darum, Eltern und Kinder besser zu begleiten, einen einfacheren Übergang von der Kita in die Schule zu schaffen, Defizite besser zu erkennen und frühzeitig eine individuelle Förderung der Kinder zu ermöglichen. Es geht um den Abbau von Ängsten der Eltern, es geht darum, ein individuelles Lerntempo zu schaffen, und es geht um die bessere Unterstützung von Jungs in der Schule.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu allen diesen Themen lese ich in diesem Dringlichkeitsantrag leider nichts. Ich finde kein Wort zu mehr individueller Förderung und kein Wort zur Verbesserung des Übergangs von der Kita in die Schule. Gerade da wäre so viel zu verbessern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, abschließend kann ich nur sagen: Statt diese Regelung überstürzt einzuführen, liebe FREIE WÄHLER, wäre ein bisschen Nachdenken der richtige Weg gewesen. Wir jedenfalls fordern, in einem ersten Schritt die flexible Grundschule auszubauen. Dort bekommen Kinder mehr Flexibilität und mehr individu-

elle Förderung. Das hilft, bei Eltern und bei Kindern Ängste abzubauen. Das wäre ein erster kraftvoller Aufschlag gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden diesem Antrag trotz der Kritik zustimmen und den Gesetzentwurf kritisch begleiten.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der Kollege Matthias Fischbach von der FDP.

Matthias Fischbach (FDP): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mehr Flexibilität, mehr Dynamik in der Schullaufbahn und mehr individuelle Lösungen, die zum einzelnen Kind passen, sind für uns Freie Demokraten eine wesentliche Leitlinie in der Bildungspolitik. Wir unterstützen den vorliegenden Dringlichkeitsantrag, weil er in diesem Geiste verfasst ist. Jedes Kind ist einzigartig. Mit dem Eintritt in die Grundschule beginnt auch ein neuer Lebensabschnitt mit neuen Herausforderungen. In dieser Phase entwickelt sich jedes Kind zum einen besonders schnell und zum anderen auf die ganz eigene Art und Weise. Die Entwicklung ist teilweise sehr rasch und zuweilen auch unvorhersehbar. Deshalb ist es richtig, in dieser Frage nach der entsprechenden Beratung den Elternwillen zu stärken. Die Eltern kennen ihre Kinder am besten und können deshalb die Entscheidung gut treffen. Sie wissen, ob das Kind, das in diesem Korridor geboren ist, schon bereit ist oder noch nicht bereit ist und deshalb ein Jahr länger mit der Einschulung warten sollte.

Diese Regelung hat einen weiteren Vorteil, der schon angesprochen wurde. Der bürokratische Aufwand, der mit den Rückstellungsanträgen entsteht, und der Makel, den einem Kind anhaftet, wenn es von Amts wegen zurückgestellt wird, entfallen. Es hat eine ganz andere Wirkung, wenn die Eltern über die Zurückstellung entscheiden. Deshalb werden wir Freien Demokraten dieses neue Modell unterstützen. Wir werden

aber auch darauf achten, dass die nötigen Beratungsangebote rasch aufgebaut werden. Darauf muss man sein Augenmerk bei dieser Thematik richten.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Zum Abschluss erteile ich Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo das Wort.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst einmal herzlich für die vielen unterstützenden Worte bezüglich des Antrags, den wir gestellt haben, bedanken. Ich glaube, dass unser Vorgehen richtig ist. Übertritte und Schulwechsel zu organisieren, ist immer ein sensibles Thema. Das gilt im vorliegenden Fall für den Wechsel zwischen Kindergarten und Grundschule. Das gilt gleichermaßen für den Wechsel zwischen Grundschule und weiterführender Schule und auch später für den Wechsel an die Universität.

Hier geht es – das ist schon erwähnt worden – um die Kleinsten. Deshalb muss sorgfältig überlegt werden, wie abgedeckt werden kann. Mit dem Eintritt in die Schule wird aus dem Spielkind ein Sitzkind. Ich mag diese Bezeichnung nicht besonders, da sich das Kind auch in der Schule bewegen soll. Ein Wechsel zwischen Sitzen und Spielen, auch in der Schule, ist sehr gut. Es ist bereits erwähnt worden, dass schon bisher viele Kinder, die im Zeitraum zwischen Juli und September geboren worden sind, zurückgestellt worden sind. Ich möchte Ihnen die Zahlen für die Fälle noch einmal vergegenwärtigen: Bei den Juli-Kindern gibt es rund 20 % Rückstellungen, bei den August-Kindern circa 30 % und bei den September-Kindern bisher rund 47 %. Bisher gibt es die Rückstellungsmöglichkeit, einen hohen Verwaltungsaufwand, – der Beratungsaufwand bleibt bei unserem Vorschlag gleich hoch; hier ändert sich überhaupt nichts –, einen Verwaltungsakt und zum Teil Gerichtsverfahren. All diese Dinge schaffen wir mit unserem Vorgehen ab, und das ist richtig so.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Gespräche sind besser als Verwaltungsakte. Bei dieser Entscheidung wird es drei Gewinner geben. Es ist eine Win-win-win-Situation: Die Kinder sind die Gewinner, weil für sie der richtige Zeitpunkt der Einschulung gewählt wird. Mir geht es nicht darum, dass viele Kinder zurückgestellt werden. Darum geht es überhaupt nicht. Die Grundschule ist gut und sinnvoll. Aber man kann dann sorgfältiger abwägen. Gerade die Eltern kennen ihre Kinder in dieser Phase am besten, weil sie sie sechs Jahre lang erlebt haben. Lehrerinnen und Lehrer, Beraterinnen und Berater haben die Kinder vielleicht nur ganz kurz erlebt. Deshalb ist die Initiative richtig und gut für die Kinder.

Die Entscheidung ist gut für die Eltern, weil deren Entscheidungshoheit gestärkt wird. Sie kennen das Kind und können entscheiden.

Die Entscheidung ist auch für die Lehrkräfte und die Schulverwaltung wichtig. Sie führt zu weniger Verwaltungsaufwand und stellt eine Entlastung dar. Im ersten Jahr führt die Initiative indirekt sogar zu mehr Lehrerstellen. Über die Jahre bringt sie eine ganze Reihe von zeitlichen Ersparnissen. Wir haben das im Haus berechnet.

Ich habe mich über die Kritik des zuständigen Lehrerverbandes sehr gewundert. Wir entlasten Lehrerinnen und Lehrer und die Verwaltung. Wir legen die Entscheidung in die Hände der Eltern. Wir tun etwas Gutes für die Kinder. Deshalb ist es eine sehr sinnvolle pädagogische Entscheidung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus): – Gerne danach. – Die Initiative ist sorgfältig vorbereitet, liebe Kollegen insbesondere von der SPD. Wir, die FREIEN WÄHLER, haben das Ganze schon in der letzten Legislaturperiode favorisiert. Wir haben entsprechende Reaktionen von Petenten erhalten; über 20.000 haben unterschrieben. Die Menschen haben Zeichen gesendet. Die Entscheidung haben wir im November im Koalitionsvertrag verankert. Wir haben die Entscheidung dann öffent-

lich gemacht. Wir haben die Entscheidung zuvor mit den Schulräten besprochen. Wir haben im Januar ein Kultusministerielles Schreiben erlassen. Ich frage mich: Wann sollen wir die Initiative denn sonst umsetzen? – Die Information war frühzeitig genug. Wie lange braucht denn die SPD, um etwas umzusetzen? Sollen wir wegen eines Beratungsgesprächs, das ohnehin stattfindet, noch ein Jahr warten?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich habe bisher von keiner Schule gehört, dass der Aufwand unverhältnismäßig groß sei. Selbst wenn der Elternabend bereits im Dezember stattgefunden hat, dann reicht eine E-Mail, um die Eltern darauf hinzuweisen, dass das Verfahren und die Beratung unverändert geblieben sind, sie bis zum 3. Mai Zeit haben, sich zu entscheiden und die Entscheidung letztendlich bei ihnen liegt. Das ist der einzige Zusatzaufwand. Alles andere bleibt unverändert. Wenn man für so einen Akt noch mindestens ein Jahr Zeit braucht, wie das die SPD und die GRÜNEN fordern, dann frage ich mich, wie sie andere, größere Entscheidungen umsetzen wollen. Dafür brauchen Sie dann zehn Jahre.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir wollen agieren. Deshalb sind wir gewählt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Deshalb ist es richtig, zügig zu agieren. Ich weiß, dass es schwierig ist, den richtigen Zeitpunkt festzulegen. Vielleicht hören wir später in einem Antrag die Frage, warum es nicht schneller geht. Ich bin gespannt, ob die Argumentation dann genau in die andere Richtung geht. Lassen Sie uns zusammen hinter dieser Entscheidung stehen – ich bekomme viele Rückmeldungen –, lassen Sie uns die Sache schnell umsetzen und positiv nach außen bringen! Mir ist es wichtig, nicht immer nur Druck an die Schulen weiterzugeben, sondern die Schulen zu entlasten. Wir haben gute Schulen. Wir haben sehr gute Lehrerinnen und Lehrer. Wir haben eine sehr gute Schulverwaltung. Meine

sehr verehrten Damen und Herren, die schaffen das. Da bin ich mir sicher. Wir werden sie unterstützen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Nun erteile ich dem Kollegen Swoboda für eine Zwischenbemerkung das Wort.

Raimund Swoboda (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Staatsminister Prof. Dr. Piazzolo! Sie haben uns gerade mitgeteilt, wie sehr Sie sich freuen und wie toll es ist, so viel Zustimmung im Hohen Haus zu erfahren. Sie freuen sich, die Verantwortung der Eltern derart stärken zu können und den Elterngedanken zu unterstützen. Haben Sie hier nicht etwas übersehen, das die Friede-Freude-Eierkuchen-Stimmung trübt, zum Beispiel den neuen sozialistischen Gedanken im Erziehungssystem Deutschlands und auch Bayerns? Dieser lautet: Die Kinder möglichst frühzeitig, bereits im Babyalter in die Ganztags-Kita, damit in die Hände des Staates, zu geben und möglichst alle Herren und Damen Eltern in die Wirtschaft und in die Produktion zu bringen, damit sie den ganzen Tag für unseren Gewinn und für alle zur Verfügung stehen.

(Alexander König (CSU): Ich verstehe den Zusammenhang nicht!)

Wo bleibt denn da das Wissen der Eltern über die Bedürfnisse und den Entwicklungsstand der Kinder, wenn sie diese den ganzen Tag und das ganze Jahr über nicht sehen? Die Eltern sollen etwas entscheiden, was andere vielleicht besser können. – Mancher Redner hat dies bereits erwähnt. – Die Kindergärtnerinnen, Experten an den Schulen und die Schulleiter können diese Entscheidung vielleicht besser treffen. Allerdings erschließt es sich mir nicht, warum die Leiter der aufnehmenden Schulen eine derartige Entscheidung treffen sollen und nicht die Leiter der Kindertagesstätten. Ich würde mich freuen, wenn Sie mir dieses Problem erklären könnten.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Große Ahnungslosigkeit!)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Prof. Dr. Piazolo, bitte schön.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Ehrlich gesagt habe ich den Zusammenhang zwischen Antrag und Frage nicht verstanden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU und der SPD)

Trotzdem möchte ich antworten: Erstens. Ihre Einschätzung ist noch euphorischer als meine. Zweitens. Ich stehe hinter unserem mannigfaltigen Angebot bezüglich des Ganztags. Auch das ist individuell. Da lässt sich noch vieles ausgestalten. Das werden wir auch in den nächsten Wochen, Monaten und Jahren tun. Die Koalition im Bund will bis 2025 für das Grundschulalter einen entsprechenden Rechtsanspruch schaffen. Ich persönlich und wir als Koalition stehen hinter einem vielfältigen Angebot im Ganzttag, von der Nachmittagsbetreuung über den offenen Ganzttag bis hin zum gebundenen Ganzttag. So kann den unterschiedlichen Situationen in den Elternhäusern Rechnung getragen werden. Ich teile Ihre Einschätzung überhaupt nicht. Das alles hat nichts mit Sozialismus zu tun. Bei dem Ausdruck "in die Produktion bringen" fühle ich mich – das sage ich ganz ehrlich – in andere Zeiten versetzt, vielleicht auch in andere Länder. Das hat mit Bayern überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/298 – das ist der Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die CSU, die FREIEN WÄHLER, die GRÜNEN, die AfD, die SPD und die FDP. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Eine Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.